

müßern. Wollte man aber die privilegierten Wähler mit drei Zusatzstimmen ausstatten, dann würden es die bürgerlichen Parteien auf 961 000 Stimmen, die Sozialdemokratie auf 352 000 Stimmen bringen. Mit solcher Berechtigung will Graf Hohenthal die Wahlrechtsfrage zur Ruhe bringen! Diese Berechtigung würde ein nettes Spiegelbild der Volkstimmung geben! Wenn der Wahlrechtsgraf mit diesem Monstrum vor das Volk treten und ein Längchen wagen will, dann mag er's nur versuchen. Es wird ihm aufgezeigt werden, daß ihm von seinem eignen Staatsmännchentum und seiner Gottähnlichkeit bange werden soll!

Krieg und Proletariat.

In dem Klassenbewußten Proletariat ist zum erstenmal eine kriegsfeindliche Volksmehrheit entstanden, deren Friedensliebe nicht ein verschwommenes Gefühl ist, das gegen eine Kriegsbegehr keinen Stand hält, sondern in dem festen Boden des Masseninteresses begründet liegt. Dadurch hebt sie sich auch scharf von der aus einem Gemisch von Weichherzigkeit und Heuchelei bestehenden Friedensschwärmerei bürgerlicher Ideologen ab. Diese beiden haben tiefen Abscheu vor den Greueln des Krieges, aber gegen den tagtäglichen Massenmord, den der Kapitalismus in Fabriken und Bergwerken an den Proletariern verübt, bleiben sie gleichgültig. Ihre zarten Nerven werden verletzt, wo der mörderische Charakter des kapitalistischen Systems sich in der Gestalt blutiger Schlachtfelder jedem aufdrängt, aber das System der Ausbeutung selbst wollen sie beibehalten. Der Haß, den das geschundene und gemarterte Proletariat gegen den Krieg empfindet, hat nichts von solcher zartnervigen Weichlichkeit an sich. Das bezeugt seine Bereitschaft, für seine eigene große Sache, die Befreiung der Menschheit, die schwersten Opfer an Leben und Blut zu bringen. Das bezeugt auch seine klare Einsicht in die große historische Bedeutung der Krige.

Wenn die Arbeiterklasse sich jetzt immer mehr den Kriegsheern mit aller Energie entgegenwirft, fällt bei ihr das Hauptgewicht nicht auf die Opfer selbst, sondern auf das Ziel. Große Ziele, das wissen wir, fordern große Opfer. Aber wir wollen nicht, daß Hunderttausende von blühenden Menschenleben vernichtet werden, bloß um der Profitinteressen und der Herrschaftsgelüste einer kleinen Minorität wegen. Ueber diesen Wahnsinn wollen wir uns nicht aufklären. Für die große Sache der Menschheit wollen wir Opfer bringen, aber wir wollen uns nicht für die uns fremden und feindlichen Zwecke unserer Bedrücker abschlagen lassen. Die kriegsfeindliche Haltung des Proletariats ist nur ein anderer Ausdruck für die Tatsache, daß es sein eigenes, dem der herrschenden Klassen entgegengesetztes Masseninteresse klar erkennt.

Sie steht also gar nicht in Widerspruch mit der historischen Einsicht, daß die Krige oft die machtvollsten Hebel des Fortschritts waren. Durch Krige hat sich die bürgerliche Produktion freie Bahn schaffen müssen, durch Krige gegen die reaktionären Gewalten hat die Revolution aus den entwickeltesten Ländern den Fortschritt in die rückständigeren bringen müssen. In den Schriften von Marx und Engels kann man Beispiele genug finden, daß sie die Krige gar nicht ausschließlich als Uebel betrachteten und sie bisweilen als Hebel des Fortschritts begrüßten. Im Jahre 1848 forderte bekanntlich die Neue Rheinische Zeitung fortwährend den Krieg gegen Rußland, als einziges Mittel, die Reaktion ihrer festen Stütze zu berauben und die demokratischen Erregungenschaften der Revolution zu sichern und weiterzuführen.

Die kriegsfeindliche Haltung des Proletariats hat also auch nichts mit der Furcht zu tun, ein Krieg könne seine Sache, die Sache der Revolution, schaden. Gerade umgekehrt; es wird wohl kaum einen Sozialdemokraten geben, der nicht davon überzeugt ist, daß ein europäischer Völkerring uns dem Sturz des Kapitalismus auf einmal viel näher bringen würde. Davon sind die herrschenden Klassen ja selbst überzeugt; sie fürchten die Folgen eines Krieges für ihre Herrschaft, und darin liegt heute die beste Sicherung des Friedens.

Darin liegt für das Proletariat noch kein Grund, nun seinerseits einen Krieg zu wünschen. Worin würde die re-

volutionäre Wirkung eines solchen Krieges bestehen? Darin, daß er die Geister aufrüttelt, die Menschen aus dem Vann des alltäglichen Loslöst, die festen Bande der Polizeiherrschaft, der Kasernendisciplin lockert, die Autorität der Herrscher erschüttert, und eine geistige Spannung auslöst, die zur raschen Aufnahme unwägbare Anschauungen und zu energiegelassen Taten befähigt. Also Dinge, die wir durch unaufhörliche Propaganda allmählich erreichen, oder die aus einer inneren revolutionären Situation gleichfalls herauswachsen. Die Wirkung eines Krieges kommt darauf hinaus, daß er auf einmal einen günstigen Boden für die Aufnahme unserer Anschauungen schafft. Die Opfer an Blut und Leben, die ein Krieg vom Proletariat fordert, kommen nur auf einem Umweg unserer Sache zugute. Eine Politik, die deshalb den Krieg fördern oder nicht verhindern wollte, wäre also für das Proletariat genau so unmöglich und unnatürlich, als wenn es für Verschlechterung seiner eigenen Lebensverhältnisse eintreten wollte, weil dadurch die bisher gleichgültige Masse auferweckt werden würde.

Nun kann man auch nicht ohne weiteres die Methoden der bürgerlichen Revolution auf die proletarische Revolution übertragen. Krige waren nötig, um den Übergang von Absolutismus und Feudalismus zum Kapitalismus anzubahnen; sie waren fortschrittliche Faktoren im Dienste der bürgerlichen Produktion. Alle Krige des 19. und 20. Jahrhunderts dienten der Durchsetzung kapitalistischer Interessen, und wo zurzeit Hindernisse angehäuft liegen, handelt es sich auch um dieselben bürgerlichen Interessen. Im Anfang des proletarischen Klassenkampfes, als das Proletariat noch eine schwache, unorganisierte, sich kaum aus dem Kleinbürgertum loslösende Klasse war, und seine Interessen politisch mit denen der bürgerlichen Demokratie zusammenfielen, fielen seine Kampfmethoden auch mit denen des aufsteigenden Bürgertums zusammen. Es bediente sich des bewaffneten Aufstandes im Klassenkampf, und damals konnte ein Krieg noch im unmittelbaren proletarischen Interesse liegen.

Heute liegt aber die Sache wesentlich anders. Die großkapitalistische Entwicklung schafft immer größere Massenorganisationen des Proletariats, die dem Kapital und den staatlichen Gewalten immer mächtvoller gegenüberstehen. Nicht auf Kriegswaffen, sondern auf seiner Rolle in der Produktion, auf seiner Einsicht und Geschlossenheit beruht seine Macht und beruhen seine Kampfmethoden. Das Proletariat ist wie ein junger Riese, der die Waffen seines Gegners nicht braucht, sondern, wenn er genug ausgewachsen ist, ihn einfach durch seine natürliche Kraft zerdrückt.

Obgleich wir also wissen, daß ein Weltkrieg die soziale Revolution beschleunigen würde, sind wir doch zugleich die entschiedensten Feinde des Krieges. Wir wollen keinen Krieg; für uns ist er kein angemessenes Mittel, zu unserem Ziel zu kommen; wir haben bessere, direkte, unserer Massenlage angepaßte Mittel. Die Opfer, die das Proletariat für seine Sache zu bringen bereit ist, will es nicht im Dienste der Herrscher, sondern im Kampfe gegen sie aufwenden. Wollen aber die herrschenden Klassen in feivolem Uebermut einen Krieg herbeiführen, ohne daß wir es verhindern können, so dürfen sie wenigstens darauf rechnen, daß sie damit nur um so rascher ihr eigenes Grab graben.

Die schweizerischen Nationalratswahlen.

Die oberste Gewalt der schweizerischen Eidgenossenschaft wird durch die Bundesversammlung ausgeübt, die aus zwei Abteilungen, dem Nationalrat und dem Ständerat, besteht. Während der Ständerat die Vertretung der Kantone, d. h. der Kantone, bildet und in der Weise besteht, daß jeder Kanton zwei und die Halbkantone je einen Abgeordneten wählen, haben wir es im Nationalrat mit der Volksvertretung zu tun. Auf je 20 000 oder einen Bruchteil von über 10 000 Köpfen der Bevölkerung wird ein Mitglied gewählt. Die Wahlen sind direkt und werden in eidgenössischen Wahlkreisen vorgenommen. Jeder Schweizerbürger, der das 20. Jahr zurückgelegt hat, ist stimmberechtigt.

Am 25. Oktober dieses Jahres erfolgt die Gesamtneuerung des Nationalrats für die dreijährige Legislaturperiode. Begreiflicherweise konzentriert sich gegenwärtig das politische Interesse auf diese Wahlen. Dies ist vornehmlich da der Fall, wo die sozialdemokratische Partei ernsthaften Anspruch auf die politische Macht oder wenigstens auf gerechten Anteil an ihr erhebt. In der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode war die Arbeiterkraft trotz ihrer numerischen Uebermacht im Volke nur durch zwei Abgeordnete vertreten, in der vorletzten dagegen durch sieben. Fünf Sitze waren ihr vor drei Jahren durch die Koalition der vereinigten bürgerlichen Parteien entzogen worden. Die Vergewaltigung sollte, so meinten die Bürgerlichen, der Sozialdemokratie als Erziehungsmittel dienen. Man lebte der lächerlichen Hoffnung, der Arbeiterschaft auf diese Weise mehr Bescheidenheit und Mäßigung beizubringen. Und die Vergewaltigung erwies sich wirklich als Erziehungsmittel, aber nicht in dem von den Bürgerlichen erhofften Sinne. Tatsächlich ist nie zuvor mit soviel Energie und Ausdauer am Ausbau der Organisationen gearbeitet worden, wie in diesen drei Jahren. Die bevorstehenden Wahlen werden die Früchte dieser Arbeit zeitigen. Allerdings ist auf eine viel größere sozialdemokratische Vertretung für diesmal wohl noch nicht zu rechnen. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im ganzen Lande, und besonders in den Industriezentren, eine ganz erhebliche Zunahme erfahren wird.

Die Wahlsituation ist schon heute so ziemlich geklärt. Die beiden bisherigen sozialdemokratischen Vertreter Rüstlein und Scherrer werden sicher wiedergewählt werden. Jener vertritt den Wahlkreis Basel-Stadt, der von den bürgerlichen Parteien nicht angefochten wird. Dagegen dürfte der zweite sozialdemokratische Kandidat, Genosse Bedalton Frey vom Basler Vorwärts, wieder ungewählt werden. Aber gerade hier ist ein bedeutender Stimmengewinn zu erhoffen, ist doch, wie die letzten Wahlen zum Basler Großen Rat erwiesen haben, die sozialdemokratische Partei zur stärksten Partei des Kantons herangewachsen, so daß es einer Koalition der bürgerlichen Par-

teien bedarf, um ihr den zweiten Sitz streitig zu machen. Genosse Scherrer, der den St. Gallischen Wahlkreis Rorschach-Neuchâtel vertritt, ist eigentlich weniger der Erwählte der Arbeiterschaft als der Ultramontanen. Er hat sich aus der Zeit der St. Gallischen Verfassungskämpfe, die die Minderheitsparteien gegen den Liberalismus mit Erfolg geführt haben, die Sympathien der Katholiken zu erhalten und von diesen die Kongregation eines Sitzes an die Arbeiterschaft in dem seiner Mehrheit nach katholisch-konservativen Wahlkreis zu erlangen gewußt. Obwohl die Liberalen des Wahlkreises Miene machen, ihm einen Kandidaten gegenüberzustellen, ist die Wiederwahl Scherrers gesichert.

Ebenfalls sicher ist die Gewinnung einer Vertretung im 3. eidgenössischen Wahlkreis, dem Winterthur mit seinen sozialdemokratischen Vororten angehört. Vor sechs Jahren wurde dort Genosse Dr. Studer gewählt, vor drei Jahren aber fiel er der bürgerlichen Vergewaltigung zum Opfer. Heute nehmen ihn die Bürgerlichen wieder auf ihre Liste, unter der Bedingung, daß der zweite sozialdemokratische Kandidat, Genosse Stadtrat Walther, nicht einem bestimmten bürgerlichen Kandidaten gegenübergestellt werde. Die Genossen des Wahlkreises unterziehen sich dieser Bedingung, wie sie auch, entgegen der Empfehlung des bürgerlichen Parteitag, keine volle sozialdemokratische Liste, sondern eben nur eine Teilliste aufzustellen beschlossen haben.

Dieses Winterthurer Mandat ist das einzige, auf dessen Gewinnung mit voller Sicherheit gerechnet werden kann. Zwar nehmen die Radikalen der Kantone Genf und Tessin ebenfalls je einen Sozialdemokraten auf ihre Listen. Der Ausfall der Wahlen ist aber an beiden Orten zweifelhaft, im Kanton Genf wegen der großen Zersplitterung der politischen Parteien, im Kanton Tessin deshalb, weil es sich um einen förmlichen Kulturkampf zwischen Radikalismus und Ultramontanismus im Hinblick auf ein neues Schulgesetz handelt. Die Wahl der beiden sozialdemokratischen Kandidaten ist aber immerhin wahrscheinlich. Möglich ist auch die Erwerbung je eines Mandates in den Wahlkreisen Bern-Mittelland, Bern-Seeland und Bern-Oberaargau. Im Wahlkreis Bern-Mittelland, zu dem die Stadt Bern gehört, haben es die Bürgerlichen nicht über sich vermocht, der sozialdemokratischen Partei eines von den sechs Mandaten abzutreten, trotzdem diese über ein gutes Drittel der Stimmen verfügt. Da aber ein freisinniges Mandat neu zu besetzen ist und unsre Partei mit der sehr zugkräftigen Kandidatur des städtischen Finanzdirektors Müller in den Kampf zieht, so ist ein Sieg nicht von vornherein ausgeschlossen. Ungefähr gleich ist die Situation in Bern-Seeland, dessen Hauptort die sozialdemokratische Hochburg Biel ist, und wo unsre Partei den Stadtpräsidenten Reimann präsentiert. Im Wahlkreis Bern-Oberaargau aber liegen sich die freisinnige und die konservative Volkspartei in den Haaren, so daß vielleicht unsre Partei als tertius gaudens zu einem Mandat kommen wird, um so mehr, als sie in dem Genossen Spitalarzt Dr. Müller über einen sehr tüchtigen Kandidaten verfügt. Eine Möglichkeit, ein Mandat zu gewinnen, besteht auch noch im Wahlkreis St. Gallen-Stadt und Umgebung und in Appenzell A. Rh. In der vorletzten Gesetzgebungsperiode war der Wahlkreis durch einen Liberalen, einen Demokraten und einen Sozialdemokraten vertreten. Vor drei Jahren aber stieg ein zweiter Liberaler über den Genossen Brandt, der jetzt wieder kandidiert, mit ganz kleiner Mehrheit. Aber auch hier wäre ein Sieg nur mit Hilfe der Demokraten und der katholisch-konservativen möglich. In Appenzell A. Rh. kandidiert für die sozialdemokratische Partei Pfarrer Eugster, der bestechende Organisator der appenzellischen Weber. Er wird von der demokratischen Partei unterstützt und möglicherweise auch von den Freisinnigen akzeptiert.

Das Hauptinteresse im Wahlkampf ist auf den ersten eidgenössischen Wahlkreis, Stadt und Bezirk Zürich mit dem ländlichen Bezirk Affoltern, gerichtet. Hier wird es zu einem überaus erbitterten Kampfe zwischen den vereinigten Freisinnigen und Demokraten einerseits und der Sozialdemokratie andererseits kommen. Hier hat sich auch vor drei Jahren in der Hauptsache die Vergewaltigung unsrer Partei durch die Bürgerlichen abgepielt. Es zwei bis dahin von unsrer Partei behaupteten Mandate wurden ihr mit einer Mehrheit von nur 3000-4000 Stimmen von dem bürgerlichen Block entziffen. Jetzt schikt sich unsre Partei an, den Bürgerlichen den verdienten Anschauungsunterricht über Wahlrechtsraub und politische Ueberherrschung zu geben, indem sie der Liste des bürgerlichen Blocks eine volle sozialdemokratische Liste, neun Nominationen, gegenüberstellt und eine äußerst rege Wahl-agitation entfaltet. Ob es zum Siege kommen wird, ist unsicher. Aber jedenfalls wird die Blockmehrheit, wenn überhaupt eine solche zustande kommt, sehr gering sein. Das Wahrscheinlichste ist, daß ein zweiter Wahlgang, wenigstens für einen Teil der Kandidaten, notwendig wird. Dazu werden das Vorgehen der Christlichsozialen und des Bürgerverbands beitragen. Zene ziehen mit einer einzigen Kandidatur in den Kampf, um ihre Stimmen zu zählen und um dann in einem zweiten Wahlgange das Bündlein an der Wage zu spielen. Der Bürgerverband aber, eine ergreaktionäre Gesellschaft, der würdige Bruder des deutschen Reichsligenverbands, ist gesonnen, einem ihm nicht passenden demokratischen Kandidaten eine Sondertandidatur gegenüberzustellen, d. h. also die Geschlossenheit des Blocks zu erschüttern. Die wahrscheinliche Folge wird sein, daß, wenn nicht die ganze sozialdemokratische Liste durchdringt, wenigstens eine ihrer Nominationen, voraussichtlich Genosse Creulich, zum Siege gelangt.

Natürlich werden auch in zahlreichen andern Wahlkreisen sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt. Die Organisationen sind dazu durch Parteitagsbeschlüsse verpflichtet. Es kann sich aber in allen hier nicht genannten Wahlkreisen nur um Wahlkandidaturen handeln, wenn auch da und dort sicherlich ganz schätzbare Achtungserfolge erzielt werden dürften. Sicher ist auf Grund der bisher bekannten Situation der Gewinn eines Mandats, wahrscheinlich der von zwei weiteren und möglich die Erwerbung von fünf bis sechs Mandaten.

„Ja, vom Andra weiß ich's selber,“ sagte der Pfarrer. „Und katholisch seid's auch alle zwei?“

„Scho,“ erwiderte Andra.

„Sontige Eshindernisse bestehn nicht; also wär' ma so weit, daß mir das kirchliche Aufgebot erlassen können. S hab' g'hört, es pressiert euch ein bissel wegen der Uebergeb?“

„Ja, es waer ins scho ganz recht, bal ma net lang aufg'halten war'n,“ meinte Andra.

„No, bei uns geht's g'schwind g'nug,“ sagte der Pfarrer, „wenn nur die Papier in Ordnung san, daß die weltliche Behörde kein Anstand macht.“

„S bin in Bezirksamt drin g'wen; der Messa hat g'saht, in a drei, a vier Wochen is alles beinand.“

„No, wo mir aus seid's net aufg'halten; i will euch das erstmal verkünden am Sonntag nach Oern und das zweite- und drittemal g'gleich am zweiten Sonntag. Ss so recht?“

„Ja, so hamn mir's aa g'moant,“ erwiderte Andra.

„Also, pah!'s auf! I les' euch jetzt das Aufgebot vor; wenn was net stimmt, dann sag't mir's! Galt, da sollt' mir grad was ei! Die Eltern vom Andra weiß ich, aber wie hat denn d' Mutter sich ledig g'schrieben?“

„Barbara Finkenweller.“

„Bar . . . ba . . . ra Finken . . . jell . . . er. So geb't Obacht!“

Der Pfarrer las vor, langsam und mit guter Betonung:

„Zum heiligen Sakrament der Ehe haben sich verprochen der tugendreiche Jüngling Andreas Weidenschlager, ehelicher Sohn des Bartholomäus Weidenschlager Bauer in Bellham, und der Barbara Weidenschlager, geborenen Finkenweller, beide noch lebend, und die tugendhafte Jungfrau Emerentia Salvermoser, eheliche Tochter des Simon Salvermoser, Bauer in Eisolzried, seligen Angedenkens, und der Genoveva Salvermoser, geborenen Richtenberger, diese noch lebend. — War alles in Ordnung?“

Die Brautleute bekräftigten, daß nichts gefehlt habe.

„So,“ sagte der Pfarrer, „nachher können die Zeugen geh'n; die Brautleute bleiben noch ein bissel da bei mir.“

(Fortsetzung folgt.)